

# „Es dürfen nicht Millionen zu Bittstellern werden“

*Unions-Fraktionsvize Singhammer über*

## *Kopfpauschalen, Krankenkassen und Kostendämpfung*

Der CSU-Gesundheitsexperte Johannes Singhammer erläutert, warum die Bedenken seiner Partei gegen die Pläne von FDP-Gesundheitsminister Philipp Rösler für eine Kopfpauschale in den vergangenen Tagen gewachsen sind.

*Herr Singhammer, heute werden mehrere Kassen Zusatzbeiträge ankündigen. Konterkariert das nicht die Steuerenkungen, die zum 1. Januar in Kraft getreten sind?*

Jede Erhöhung der Abgaben ist natürlich eine schmerzhaftere Angelegenheit. Aber wir haben den Steuerzuschuss für den Gesundheitsfonds schon auf einen Rekordwert von fast 16 Milliarden Euro erhöht. Mehr geht nicht.

*Haben die Kassen genug getan, um Zusatzbeiträge zu vermeiden?*

Ich sehe mit Interesse, dass es Kassen gibt, die zunächst ohne Zusatzbeitrag auskommen. Offenbar gibt es also Möglichkeiten, im geplanten Kostenrahmen zu bleiben.

*Erwartet wird, dass es im Laufe des Jahres flächendeckend Zusatzprämien geben wird. Brauchen wir kurzfristige Sparmaßnahmen?*

Kostendämpfung ist ein Dauerprojekt. Hektik ist nicht angesagt.

*Das Wort Kostendämpfung kommt Minister Philipp Rösler von der FDP allerdings nicht über die Lippen.*

Er drückt es vielleicht anders aus. Aber es ist doch völlig klar, dass wir die Kosten nicht einfach laufen lassen können. Wir brauchen zum Beispiel eine noch effizientere Steuerung des Arzneimittelmarktes, damit auch in Zukunft alle Versicherten vom medizinischen Fortschritt profitieren können.

*Die Opposition wirft ihnen allerdings vor, mit der Ablösung des obersten Arzneimittelprüfers Peter Sawicki gegenüber der Pharmaindustrie kleinbeigegeben zu haben.*

Das ist doch Unsinn. Die Bewertung von Nutzen und Kosten neuer Medikamente und Behandlungsmethoden ist ein wichtiges Instrument, an dem wir festhalten. Das wird auch künftig nicht nach den Regeln der Pharmaindustrie ablaufen, wie SPD-Politiker behaupten.

*Bisher gibt es nicht eine einzige Gesetzesinitiative von Rösler. Was treibt das Ministerium eigentlich?*

Wir haben jetzt drei Gesetzesvorhaben vereinbart, die auf den Weg gebracht werden sollen, und zwar unabhängig von der geplanten Regierungskommission. Dazu gehört die erwähnte Deregulierung des Arzneimittelmarktes und eine Verbesserung der ärztlichen Versorgung. Hier geht es uns vor allem darum, die Versorgung in ländlichen Regionen sicherzustellen. Auch die jüngste Reform der ärztlichen Honorierung wollen wir überprüfen.

*Die Finanzreform ist zwischen CSU und FDP heftig umstritten. Haben sie sich irgendwo angenähert?*

Eine Umstellung auf eine Gesundheitsprämie erfordert auch Steuergelder aus der Bundeskasse. Die Haushaltsdebatte vergangene Woche im Bundestag hat allerdings den schrumpfenden Spielraum aufgezeigt. Der Finanzminister spricht von einem Konsolidierungsbedarf im Umfang von zehn Milliarden Euro. Zudem haben wir versprochen, die Steuern weiter zu senken. Das kostet Geld. Die Wahrscheinlichkeit, den finanziellen Spielraum für den Start einer Gesundheitsprämie zu haben, ist in den letzten Wochen nicht größer, sondern sogar kleiner geworden. Es ist schon ein ambitioniertes Ziel, den bisherigen Steuerzuschuss für 2011 zu sichern.

*Rösler behauptet, ein Milliarden-Aufwand sei nicht zwingend. Zudem würden die Kosten bei einer schrittweisen Einführung kleiner.*

Alle Experten sagen, dass wir ohne einen zweistelligen Milliardenbetrag nicht auskommen. Und zum anderen Argument: Eine schrittweise Einführung einer Prämie bringt neue Probleme. Wenn man mit geringen Beträgen beginnt, fressen die Verwaltungskosten für den Prämieeinzug einen Großteil der Prämie wieder

auf.

*Haben Sie schon eine Vorstellung, wie der im Koalitionsvertrag versprochene „automatische Sozialausgleich“ funktionieren soll?*

Ehrlich gesagt: Nein. Bisher kenne ich keine ausgefeilte Konzeption. Naheliegender wäre ja, das über die Finanzämter zu regeln. Aber: Gerade diejenigen, die keine oder nun wenig direkte Steuern zahlen, also in der Regel nie etwas mit dem Finanzamt zu tun haben, brauchen den Sozialausgleich. Diejenigen, die eine Steuererklärung machen, dagegen weniger. Für mich ist die Frage des automatischen Sozialausgleichs entscheidend für das Gelingen des Projekts: Wir lassen nicht zu, dass Millionen Menschen zu Bittstellern werden.

*Im Koalitionsvertrag ist außerdem von einem Einfrieren des Arbeitgeberanteils die Rede. Sollen die Versicherten künftig alle Kostensteigerungen allein tragen?*

Ich halte es nicht für vorstellbar, dass die Ausgabenzuwächse künftig ausschließlich von den Versicherten bezahlt werden müssen. Einen Automatismus, der diesen Effekt hat, wird es nicht geben. Die paritätische Finanzierung als Grundlage eines solidarischen Systems hat sich bewährt.

*Aber es steht so im Koalitionsvertrag.*

Es wird mit der CSU keinen Mechanismus geben, der Ausgabensteigerungen automatisch nur auf die Versicherten abwälzt. Die große Koalition hat mit den Zusatzbeiträgen eine Belastung der Versicherten eingeführt und auf ein Prozent des Haushaltseinkommens begrenzt. Das dürfen wir nicht beliebig fortsetzen.

*Vorstellbar wäre ja, die Lücke aus Steuermitteln zu bezahlen.*

Wie gesagt, die Finanzlage ist extrem angespannt.

*Alle genannten Probleme wollen sie so schnell lösen, dass bereits zum 1. Januar 2011 eine Finanzreform im Gesetzblatt steht. Ist das realistisch?*

Wir können das Datum durchaus als Ziel im Blick haben. Aber ich rate den Mitgliedern der Regierungskommission, sich nicht unter Zeit-

druck zu setzen. Genauigkeit geht bekanntlich vor Schnelligkeit.

*Ihr Parteikollege Markus Söder hat Minister Rösler schon mit SPD-Amtsvorgängerin Ulla Schmidt verglichen. Ist das fair?*

Ich habe Herrn Rösler als sehr ruhigen und überlegten Verhandlungspartner kennengelernt.

*Das Gespräch führte  
Tímot Szent-Ivanyi.*